

NEWSLETTER 04|2020

Berlin, den 1. Oktober 2020

INHALTSVERZEICHNIS

AUS DER EAF ARBEIT

Jahrestagung und Mitgliederversammlung	3
Dank und gute Wünsche	4
Pressemitteilungen der eaf	5
Stellungnahmen der eaf	5
Familienpolitische Informationen (FPI)	5

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Fachtag „Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen und stärken“	6
Lebenswelten 60+	6
„Das gefühlte Corona“	6
Fachtag des Kompetenznetzwerks „Demokratiebildung im Kindesalter“	6
„Kinderzentrierung und Familienunterstützung in Konfliktsituationen, Trennungsprozessen und Scheidungsverfahren“	7

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

„Für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Kinderrechte stärken. Bildungsqualität für alle gestalten“	7
Für nur knapp mehr als die Hälfte der Deutschen gilt Deutschland als kinderfreundlich	7
Kabinetts beschließt Verbesserungen im Elterngeld	8
Stellungnahmen zum zweiten Familienentlastungsgesetz	8
Neues Bündnis will Sorgearbeit "fair teilen"	9
Das Gender-Care-Gap-Projekt	10
Ungewollte Kinderlosigkeit 2020	10
Belastungen von Kinderwunschpaaren minimieren	10
Gewährung von Familienleistungen	10
Grüne fordern Recht auf Ganztagsbildung	11
Schlechte Rahmenbedingungen erschweren die Bildungsarbeit der Kitas	11
Eltern sein in Deutschland	11
Digitalisierung bietet großes Potenzial für ältere Menschen	11
Was Mütter stresst	12
Familienzentren stärken	12

SONDERRUBRIK: CORONA

Unternehmen werden in Corona-Krise familienbewusster	12
Kinderinteressen in der Corona-Krise nur unzureichend berücksichtigt	12
Erster Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie	13
„Dann mache ich es eben wie alle anderen Mütter“	13
Kinderbonus	13
Corona-KiTa-Rat	14
„100-Millionen-Euro-Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit“	14

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Zahl der wohnungslosen Familien nimmt zu	15
Eltern-Stress schlägt Kindern auf den Magen	15
Jedes fünfte Kita-Kind spricht zu Hause kaum Deutsch	15
Kindeswohl auch in reichen Ländern in Gefahr	15
Kinder medizinisch gut versorgt	16
Jugendämter melden erneut 10 % mehr Kindeswohlgefährdungen	16

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

Jugendämter nahmen 2019 rund 49.500 Kinder zu ihrem Schutz in Obhut	16
Paritätischer berechnet armutsfesten Hartz IV Regelsatz	17
Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe	17
BMFSFJ und FAIR SHARE of Women Leaders e.V. starten strategisches Monitoring für den NGO-Sektor	17
Arm, abgehängt, ausgegrenzt	18
Erste Langzeitstudie Deutschlands zur Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens	18

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

An öffentlichen Konsultationen in der EU teilnehmen: Wie geht das eigentlich?	18
40 Jahre Beratung „Nummer gegen Kummer“ für Kinder und Eltern	18
Gesundheitsportal geht online	19
Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ wird neu aufgelegt	19
Impressum	20

AUS DER EAF ARBEIT

Jahrestagung und Mitgliederversammlung

16. - 18. September 2020 in Bonn



Begrüßung, eaf Präsident PD Dr. Martin Bujard



PD Dr. Martin Bujard, Prof. Dr. Ute Gerhard



Andreas Bothe
Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-
Westfalen



Manfred Rekowski
Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland



Martin Treichel
Vorstandsvorsitzender der eaf-nrw



Prof. Dr. med. Jan-Steffen Krüssel
Universitäres interdisziplinäres
Kinderwunschzentrum Düsseldorf



Dr. Kerstin Niethammer-Jürgens
Fachanwältin für Familienrecht mit Schwerpunkt
internationales und europäisches Familienrecht



Erika Feyerabend
Sozialwissenschaftlerin, Ev. Hochschule Bochum,
Hochschule Düsseldorf, Bioskop e. V.



Prof. Dr. Henning Theißen
Leuphana Universität Lüneburg



Anne Meier-Credner
Vorstands- und Gründungsmitglied
Verein Spenderkinder

„Ein Wunschkind – um welchen Preis?“ Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer diesjährigen Fachtagung, die am 16. und 17. September in Bonn stattfand. Neben sehr informativen Einblicken in die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin, in rechtliche Konsequenzen für das Familien- und Abstammungsrecht und ethische Abwägungen zum medizinisch Machbaren war ganz besonders die Perspektive der >>>Spenderkinder für die Diskussion sehr bereichernd. Die eaf hatte bereits vorab in ihrem Positionspapier >>>„Kinderwunsch und Kindeswohl. Plädoyer für einen verantwortungsvollen Umgang mit Reproduktionsmedizin“ die Rahmenbedingungen für reproduktionsmedizinische Behandlungen in den Blick genommen und dabei einen besonderen Fokus auf die Verantwortung für das Kindeswohl gerichtet.

Die Fachvorträge wurden während der Tagung aufgezeichnet und werden ca. ab Mitte Oktober auf unserer Webseite zu finden sein:

>>><https://www.eaf-bund.de/de/projekte/reproduktionsmedizin/fachtagung>



Auf der anschließenden Mitgliederversammlung der eaf wurde am 18. September Friedhelm Fürst als neuer Beisitzer des Präsidiums gewählt. Als Vorsitzender der eaf Sachsen e. V. und als Mitglied des bisherigen Beirats der eaf ist er der eaf bereits seit langer Zeit sehr verbunden. Herzliche Glückwünsche und auf eine gute Zusammenarbeit!

Ralph Charbonnier

Dank und gute Wünsche

Genau vor fünf Jahren nahm ich die Arbeit als Referent für Sozial- und gesellschaftspolitische Fragen auf. Damit kam ich auch mit Ihnen als Mitwirkende der eaf-Bund oder der eaf-Landesverbände, des Präsidiums und der Geschäftsstelle in Kontakt. Der erste Rauch der hitzigen Debatten um die EKD-Orientierungshilfe „Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ war gerade verzogen. Die Gesprächslage war vielerorts noch angespannt. Viele aber waren erleichtert, dass man nun auf der Basis der Erkenntnisse um die „real existierenden Familienverhältnisse“ und um zeitbedingte Familienbilder nach theologisch gut begründeten Kriterien für ein gutes Doing-Family und nach entsprechenden Unterstützungsformen für Familien suchen kann. eaf-Jahrestagungen waren Höhepunkte. Das Positionspapier des Beirates zu einem „Perspektivwechsel in der Familienpolitik“ und die Gespräche der Konsultation „Familie leben!“, die von eaf, Diakonie Deutschland und EKD gemeinsam verantwortet wurde, waren wichtige Eckpunkte der gemeinsamen Arbeit. Deren Früchte konnte ich u.a. in mancher Zusammenarbeit bei Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, z.B. zur Frage der Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz, wieder aufnehmen. Dass die Unterstützung von Familien jeglicher Formationen in der verfassten Kirche und in Zusammenarbeit mit Diakonie und eaf wirkungsvoller gestaltet werden sollte, gehört zu den Zukunftsaufgaben. Die geplante Konsultation „Familie leben! II“ soll dazu ein Baustein sein. Und die Corona-Krise zeigte

in fokussierter Weise, wie viel noch geschehen muss, damit die Familienperspektive und insbesondere die Perspektive der Kinder ausreichend in öffentlichen Diskursen und vor allem in politischen Prozessen ausreichend zur Geltung kommen.

Ich danke herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, insbesondere mit dem ehemaligen und derzeitigen Präsidium mit der Ehrenvorsitzenden Frau Dr. Gerhard und den Vorsitzenden Frau Riemann-Hanewinkel und Herrn Dr. Bujard sowie mit Frau Dr. Schöningh und Herrn Zieske sowie allen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle in Berlin! Ich wünsche Ihnen und Ihrer Arbeit Gottes Segen! Da ich von der Ev.-luth. Landeskirche zum Theologischen Vizepräsidenten des Landeskirchenamtes berufen wurde, und da die eaf entschieden hat, die Jahrestagung 2021 in Hannover stattfinden zu lassen, freue ich mich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Ihr Ralph Charbonnier

Pressemitteilungen der eaf

>>>Ein Wunschkind – um welchen Preis?

Pressemitteilung der eaf vom 10. September 2020

>>>Familienbildung jetzt verlässlich und nachhaltig sichern!

Pressemitteilung der eaf vom 8. September 2020

>>>Familienbildung braucht auch ein Sofortprogramm

Pressemitteilung der eaf vom 4. September 2020

>>>Ausweitung der Kinderkrankentage für Eltern auch für 2021

Pressemitteilung der eaf vom 28. August 2020

Stellungnahmen der eaf

>>>Stellungnahme zum Referentenentwurf für das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder

Stellungnahme der eaf vom 14. September 2020

>>>Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung der Zeitverwendung (Zeitverwendungserhebungsgesetz - ZVEG)

Stellungnahme der eaf vom 4. September 2020

Familienpolitische Informationen (FPI)

Auch die neueste Ausgabe der >>>Familienpolitischen Informationen widmet sich unserem Positionspapier zur Reproduktionsmedizin. Außerdem darin zu finden: Ein Interview Prof. Dr. Dieter

Thomä „Familie ist ein ungeheures Abenteuer“.

Die Familienpolitischen Informationen erscheinen viermal jährlich und können unter info@eaf-bund.de zum Jahrespreis von 7,00 € bestellt werden.

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

21. Oktober 2020, Nürnberg

Fachtag „Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen und stärken“

eaf Bayern

>>><https://www.eaf-bayern.de/veranstaltungen/>

11. November 2020, Halle/Saale

Lebenswelten 60+

Älter werdende Menschen mit psychologischer Beratung begleiten

Fachtag der EKFuL in Kooperation mit der Diakonie Mitteldeutschland

>>>https://www.ekful.de/fileadmin/user_upload/Flyer_FT_Lebenswelten60plus.pdf

>>><https://www.ekful.de/veranstaltungen/aktuelle-ekful-veranstaltungen/>

16. und 17. November 2020, Online-Veranstaltung

„Das gefühlte Corona“

Digitale Tagung mit Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx

Evangelische Arbeitsstelle midi

>>><https://www.mi-di.de/termine/das-gefuehlte-corona>

26. November 2020, Online-Veranstaltung

Fachtag des Kompetenznetzwerks „Demokratiebildung im Kindesalter“

>>><https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/aktuelles/veranstaltung/save-the-date-fachtag-des-kompetenznetzwerks-demokratiebildung-im-kindesalter-30.html>

30. November 2020, Berlin

”Kinderzentrierung und Familienunterstützung in Konfliktsituationen, Trennungsprozessen und Scheidungsverfahren“

Expertengespräch der AGF

>>><https://www.ag-familie.de/home/termine.html?>

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums

„Für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Kinderrechte stärken. Bildungsqualität für alle gestalten“

Das Bundesjugendkuratorium fordert dazu auf, in die Diskussionen zum Ganztags die bislang kaum gehörte Interessensgruppe der Kinder viel stärker als bisher einzubeziehen und sie auf allen Ebenen aktiv an der Gestaltung, der an sie gerichteten Angebote zu beteiligen. Das BJK formuliert notwendige Rahmenbedingungen und fachliche Standards, die zu erfüllen sind, damit eine kind- und altersgerechte Ausgestaltung der Ganztagsangebote gelingen kann.

>>>Stellungnahme der Bundesjugendkuratoriums vom 14. September 2020

Für nur knapp mehr als die Hälfte der Deutschen gilt Deutschland als kinderfreundlich

Wie bewerten die Deutschen eigentlich die Kinderfreundlichkeit hierzulande? Worin wird diesbezüglich der größte politische Handlungsbedarf gesehen? Nur eine knappe Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) sagt, Deutschland sei ein kinderfreundliches Land ein. Dabei zeigt sich ein Alterseffekt: Je jünger die Befragten, desto positiver fällt diese Bewertung aus (18-29 Jahre: 65 Prozent; 60-69 Jahre: 49 Prozent). Keine Rolle spielt hingegen, ob die Befragten Kinder unter 18 Jahren haben (54 Prozent Zustimmung) oder nicht (53 Prozent Zustimmung). Ebenso zeigen sich keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Bewertung der Kinderfreundlichkeit (jeweils 53 Prozent). Dies hat eine aktuelle YouGov-Umfrage in Kooperation mit dem SINUS-Institut herausgefunden.

>>>Zusammenfassung Studienergebnisse YouGov-Studie zum Weltkindertag

Kabinett beschließt Verbesserungen im Elterngeld

Das Bundeskabinett hat am 17. September 2020 einen Gesetzentwurf mit deutlichen Verbesserungen im Elterngeld beschlossen. Ziel ist es, Familien mehr zeitliche Freiräume zu verschaffen und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen weiter zu unterstützen. Daneben sollen Eltern besonders früh geborener Kinder stärker unterstützt werden.

Die während des Elterngeldbezugs und der Elternzeit zulässige Arbeitszeit wird von 30 auf 32 Wochenstunden – also auf volle vier Arbeitstage – angehoben. Auch der Partnerschaftsbonus, der die parallele Teilzeit beider Eltern unterstützt, kann künftig mit 24 – 32 Wochenstunden (statt mit bisher 25–30 Wochenstunden) bezogen werden und wird auch sonst an vielen Stellen vereinfacht und flexibler gestaltet.

Wird das Kind sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin oder früher geboren, erhalten Eltern einen zusätzlichen Monat Elterngeld. Dadurch haben sie in dieser herausfordernden Situation mehr Zeit für ihr Kind.

Zur Finanzierung der Verbesserungen sollen künftig aber nur noch Eltern, die gemeinsam höchstens 300.000 Euro im Jahr verdienen, Elterngeld erhalten. Bisher lag die Grenze für Paare bei 500.000 Euro.

[>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 16. September 2020](#)

Stellungnahmen zum zweiten Familienentlastungsgesetz

Das Kindergeld und die steuerlichen Kinderfreibeträge sollen zum 1. Januar 2021 steigen. Das sieht der Entwurf der Bundesregierung für ein zweites Familienentlastungsgesetz ([>>>19/21988](#)) vor, das der Bundestag am 10. September 2020 in erster Lesung beraten hat. Dem Entwurf zufolge wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind dann jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und für jedes weitere Kind jeweils 250 Euro pro Monat betragen. Mit dem Entwurf sollen auch der Grundfreibetrag angehoben sowie die sogenannte kalte Progression im Einkommensteuertarif ausgeglichen werden.

[>>>Überblick zum aktuellen Stand auf der Website des Deutschen Bundestages](#)

Bereits im Juli hat die eaf zum Referentenentwurf des Gesetzes eine Stellungnahme abgegeben und festgestellt, dass Familienförderung über steuerrechtlich verankerte Instrumente zu einer unterschiedlich starken Berücksichtigung von Familien, die sich genau umgekehrt zu ihrer Bedarfslage verhält: So werden Familien mit hohem Einkommen durch die Kinderfreibeträge am stärksten, Familien mit kleinerem Einkommen durch das Kindergeld in geringerem Umfang entlastet.

[>>>Stellungnahme der eaf vom 13. Juli 2020](#)

Daniela Jaspers, Bundesvorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) kritisiert: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Die soziale Schere in der Familienförderung öffnet

sich weiter und Alleinerziehende fallen durchs Raster. Wir bedauern, wenn die Chance auf den dringend notwendigen Systemwechsel in der Familienförderung hin zu einer Kindergrundsicherung erneut verpasst wird."

>>>Pressemitteilung des VAMV vom 10. September 2020

Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), kritisiert: „Drei Millionen Kinder und ihre Familien erleben täglich was es heißt, arm zu sein: Geringere Bildungschancen, weniger soziale Teilhabe, schlechtere materielle Grundversorgung und beengte Wohnverhältnisse. Viele Kinder wachsen heute zudem in Haushalten auf, bei denen die Eltern trotz Erwerbsarbeit auf aufstockende Leistungen angewiesen sind. Die Corona-Pandemie hat diese Schieflage verstärkt und setzt damit immer mehr Familien unter Druck: Eltern arbeiten in Kurzarbeit, werden entlassen, haben keine Kinderbetreuung oder stehen als Selbstständige vor dem wirtschaftlichen Ruin. Es ist damit zu rechnen, dass durch die derzeitige wirtschaftliche Krise die Zahl der Hartz-IV-Haushalte und damit absehbar auch die Zahl armer Kinder in Deutschland steigen werden.

>>>Pressemitteilung des ZFF vom 10. September 2020

Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken, begrüßt das 2. Familienentlastungsgesetz grundsätzlich und erklärte dazu bereits am 29. Juli 2020: „Der vom Bundesfinanzministerium und nicht vom Bundesfamilienministerium vorgelegte Gesetzentwurf zeigt, dass es bei den Maßnahmen um eine gerechte Besteuerung geht und nicht um Familienförderung. So profitieren von der Beseitigung der kalten Progression alle Erwerbstätigen und nicht nur Eltern. Mit der Kindergelderhöhung holt der Gesetzgeber jetzt nur das nach, was er in der Vergangenheit an Erhöhungen versäumt hat und stellt gerade mal die Kaufkraft des Jahres 2010 wieder her. Von Geldgeschenken oder einem Geldregen für Familien kann, wie vielfach behauptet, beim 2. Familienentlastungsgesetz keine Rede sein. Darstellungen, die das Gesamtvolumen des Gesetzes als Familienförderung bezeichnen, gehen eklatant an der Realität vorbei.“

>>>Pressemitteilung des Familienbundes der Katholiken vom 29. Juli 2020

Neues Bündnis will Sorgearbeit "fair teilen"

Um die gleiche Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit in den Familien auf Männer und Frauen voranzubringen, hat sich ein neues Bündnis gegründet. Die Initiative "Sorgearbeit fair teilen" will gemeinsam mit Sozialverbänden, Politik, Gewerkschaften und Kirchen dafür werben, Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern gerechter aufzuteilen.

>>>Meldung auf evangelisch.de vom 18. September 2020

>>>Flyer Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

>>>Film Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

Das Gender-Care-Gap-Projekt

Das Gender Care-Gap-Projekt vom Bundesfamilienministerium setzt sich mit der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern auseinander und schließt damit an die Ergebnisse des Zweiten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung an.

Oberstes Ziel des Projektes ist die Weiterentwicklung der Politik zur unbezahlten Sorgearbeit. Hierfür wurden die Ursachen des Gender Care Gap in Deutschland untersucht. Zudem wurde zusammengetragen, welche Handlungsoptionen für eine Verringerung des Gender Care Gap geeignet sind. Die Ergebnisse der Forschung liegen in einem [Forschungsbericht](#) vor.

[Hintergrundmeldung BMFSFJ vom 9. September 2020](#)

Ungewollte Kinderlosigkeit 2020

[Leiden - Hemmungen - Lösungen](#)

Das Bundesfamilienministerium hat eine Neuauflage der Studie zu den Lebenswirklichkeiten von ungewollt kinderlosen Frauen und Männern in Deutschland veröffentlicht. Die Milieustudie zeigt, wie Frauen und Männer mit ihrer ungewollten Kinderlosigkeit umgehen, wie sich das auf ihre persönliche Situation auswirkt und welche Hilfs- und Unterstützungsangebote sie in Anspruch nehmen.

[Meldung des BMFSFJ vom 9. September 2020](#)

Belastungen von Kinderwunschpaaren minimieren

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), stellte anlässlich der Vorstellung des Memorandums der BÄK „Dreierregel, Eizellspende und Embryonenspende im Fokus“ fest, dass das 30 Jahre alte Embryonenschutzgesetz an die aktuellen medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst werden muss. Nur so lassen sich unnötige seelische Belastungen von Menschen mit Kinderwunsch vermeiden und gesundheitliche Risiken für werdende Mütter und ihre Kinder minimieren.“

[Pressemitteilung der Bundesärztekammer vom 2. September 2020](#)

Gewährung von Familienleistungen

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf "zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen" ([19/21987](#)) vorgelegt, der am 3. September 2020 in erster Lesung im Bundestagsplenum beraten wurde. Damit soll eine Regelung zur Datenübermittlung der Standesämter an die Elterngeldstellen geschaffen werden, um eine elektronische Übermittlung der Daten der Beurkundung der Geburt eines Kindes zu ermöglichen. Auch sollen laut Vorlage Rechtsgrundlagen zur Nutzung eines bereits gesetzlich normierten Verfahrens für die Abfrage von Entgeltdaten bei den Arbeitgebern auch für Elterngeld geschaffen werden.

[Meldung hib vom 3. September 2020](#)

Grüne fordern Recht auf Ganztagsbildung

Nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollen die gesetzlichen Grundlagen für den geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter zügig geschaffen werden. In einem Antrag ([>>>19/22117](#)) fordert sie die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch vorzulegen, um den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2025 realisieren zu können. Der Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung soll unabhängig vom Umfang der Berufstätigkeit der Eltern an fünf Tagen in der Woche für mindestens neun Stunden pro Tag für jedes Kind gelten und zudem ein Mittagessen umfassen.

Schlechte Rahmenbedingungen erschweren die Bildungsarbeit der Kitas

Trotz der Investitionen in zusätzliche Kita-Plätze und Personal sind die Bedingungen für die pädagogische Arbeit vielerorts noch immer unzureichend. In einem Großteil der Kitas sind die Personalschlüssel und die Gruppengrößen nicht kindgerecht. Während sich die Personalschlüssel zwischen den Bundesländern langsam annähern, unterscheidet sich das Qualifikationsniveau des Personals noch stark. Viele Kitas in Deutschland können ihren Bildungsauftrag nicht oder nur eingeschränkt umsetzen. Dies geht aus dem Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme und einer zeitgleich veröffentlichten qualitativen Studie der FernUniversität in Hagen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervor.

[>>>Meldung der Bertelsmann Stiftung vom 25. August 2020](#)

Eltern sein in Deutschland

[Gutachten für den Neunten Familienbericht übergeben](#)

Am 18. August hat Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey das Gutachten für den Neunten Familienbericht entgegengenommen. Das von einer Sachverständigenkommission erarbeitete Gutachten setzt sich mit der Situation von Eltern in Deutschland auseinander und gibt Empfehlungen, wie Familien besser unterstützt werden können. Die Bundesregierung wird nun eine Stellungnahme dazu erarbeiten. Anschließend wird der Bericht mit der Stellungnahme dem Bundestag zugeleitet und ist damit öffentlich.

[>>>Meldung des BMFSFJ vom 18. August 2020](#)

Digitalisierung bietet großes Potenzial für ältere Menschen

[Bundesseniorenministerin Giffey legt dem Kabinett den Achten Altersbericht vor](#)

Die Digitalisierung bietet älteren Menschen viele Chancen, um möglichst lange ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben führen zu können. Das ist eines der zentralen Ergebnisse aus dem Achten Altersbericht der Bundesregierung, den Bundesministerin Dr. Franziska Giffey am 12. August 2020 vorgestellt hat.

[>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 12. August 2020](#)

Was Mütter stresst

Die familiäre Arbeit übernehmen in Deutschland vor allem die Mütter. Dabei ist es nicht die parallele Berufstätigkeit, die die Frauen belastet. Die Ergebnisse einer Studie des Deutschen Jugendinstituts zeigen, dass Mütter in Familien mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen (unter 3.000 Euro monatlich) eine signifikant höhere Stressbelastung empfinden als jene in Familien mit mittlerem Einkommen. Umgekehrt haben Mütter mit höherem Haushaltsnettoeinkommen (mehr als 4.250 Euro monatlich) eine signifikant geringere Stressbelastung als Mütter mit mittlerem Haushaltsnettoeinkommen. Diese Befunde weisen damit darauf hin, dass finanzielle Engpässe der Familie den Müttern große Sorgen bereiten. Der Umfang der Erwerbsstunden einer Mutter wirkt sich nach den Ergebnissen dagegen kaum auf ihre Stressbelastung aus.

>>>[Zusammenfassung der Studie auf der Website des DJI](#)

Familienzentren stärken

Familienzentren in ihrer Vielfalt und Pluralität sind bundesweit eine wichtige Form der Familienförderung. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. will mit seinen aktuellen Empfehlungen die erfolgreiche Arbeit von Familienzentren stärken. Dazu braucht es weiterentwickelte strukturelle Rahmenbedingungen.

>>>[Stellungnahme des Deutschen Vereins vom 17. Juni 2020](#)

SONDERRUBRIK: CORONA

Unternehmen werden in Corona-Krise familienbewusster

Als im Frühjahr alle Schulen und Kitas geschlossen waren, merkten die Unternehmen, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Prognos befragte Unternehmen und Eltern im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und präsentiert die Ergebnisse.

>>>[Meldung Prognos vom 18. September 2020](#)

Kinderinteressen in der Corona-Krise nur unzureichend berücksichtigt

[Repräsentative Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes](#)

Wurden und werden die Interessen von Kindern während der Corona-Pandemie genügend berücksichtigt? Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf die Bildungschancen von Kindern, auch auf solche aus ärmeren Haushalten? Und was halten die Befragten von einer Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz? Eine repräsentative Umfrage des Politik- und Sozialforschungs-

instituts Forsa im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes geht diesen Fragen anlässlich des Weltkindertags 2020 nach.

[>>>Zusammenfassung der Umfrageergebnisse auf der Website des Deutschen Kinderhilfswerks](#)

Erster Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie

[Erfahrungen mit der Notbetreuung im Fokus](#)

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlichten am 11. September 2020 den ersten Quartalsbericht der interdisziplinären Corona-KiTa-Studie. Schwerpunktthema sind die Erfahrungen der Kitas während der Notbetreuung im Frühjahr 2020, die das DJI im Rahmen einer explorativen Befragung von 83 Kita-Leitungen ab Ende April untersucht hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kita-Leitungen in der Phase der Notbetreuung mit einer Fülle neuer organisatorischer Anforderungen konfrontiert waren, die sie in einer Situation der Unsicherheit bewältigen mussten. Insbesondere bei den Leitungen führte dies zu einer hohen zusätzlichen Belastung. Sorgen bereitete den Einrichtungen zudem die Aussicht auf eine Rückkehr zum Regelbetrieb unter zu dem Zeitpunkt nicht endgültig geklärten Umständen, etwa hinsichtlich der geltenden, aber noch nicht in der Praxis erprobten Hygienerichtlinien.

[>>>Meldung des DJI vom 11. September 2020](#)

”Dann mache ich es eben wie alle anderen Mütter”

So denken viele Frauen – und fallen zurück in alte Rollenmuster. Erst recht in der Corona-Krise. Was Vätern zu denken geben muss: Schon vor der Pandemie leisteten Mütter in der Woche 18 Stunden mehr an unbezahlter Arbeit zu Hause.

Interview mit Dr. Mareike Bünning, Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe "Arbeit und Fürsorge" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

[>>>Artikel Chrismon vom 8. Mai 2020](#)

Kinderbonus

Um Eltern in der Corona-Pandemie besser zu unterstützen, hat die Bundesregierung einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro beschlossen. Dieser wird im September und Oktober für alle Kinder, für die im September 2020 Anspruch auf Kindergeld besteht, in zwei Raten ausgezahlt.

Die Aktion „Familien für Familien – #kinderbonusspenden“ der Ev. Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung und der Fachstelle Familien der Nordkirche ruft dazu auf, den Kinderbonus (oder auch Teile davon) als finanzielle Unterstützung von Strukturen und Institutionen weiterzugeben, die Familien und Kinder in unterschiedlichsten Kontexten helfen und unterstützen (regional und überregional agierende Vereine, Verbände, kirchliche und nicht-kirchliche Einrichtungen).

Auf der [>>>Website](#) der Initiative werden mögliche Spendenempfänger benannt.

„Der Kinderbonus ist eine kleine Unterstützung, aber er reicht nicht aus, um die Leistung von Familien angemessen zu würdigen“, sagt Klaus Zeh, Präsident des [>>>Deutschen Familienverbandes](#)

(DFV). „Familien benötigen finanzielle und politische Maßnahmen, die sie dauerhaft stärken.“

Ulrich Hoffmann, Präsident des >>>Familienbundes der Katholiken kritisiert die Leistung als „Konjunkturmaßnahme mit bestenfalls homöopathischer Wirkung für Familien“. „Die Einmalzahlung ist unzureichend und erinnert eher an ein Trostpflaster für Familien.“

Corona-KiTa-Rat

Erneute flächendeckende Schließungen von Kitas und Kindertagespflege vermeiden, ist gemeinsames Ziel

Auf Initiative von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey hat am 1. September 2020 erstmals der Corona-KiTa-Rat getagt. Die Runde besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer, von Kommunen, Kita-Trägern, Gewerkschaften, dem Bundesverband für Kindertagespflege und der Bundeselternvertretung. Gemeinsam soll der Rat den Regelbetrieb in den Kindertagesstätten begleiten, die Entwicklungen bundesweit bewerten sowie Beispiele der guten Praxis und Lösungen austauschen.

>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 1. September 2020

Ministerin Giffey gibt Startschuss für

„100-Millionen-Euro-Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit“

Gemeinnützige Übernachtungsstätten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien haben aufgrund der Corona-Pandemie erhebliche Einnahmeausfälle, denn außerschulische Bildungsangebote und Übernachtungen in Jugendherbergen, Schullandheimen, Familienferienstätten oder Jugendbildungsstätten waren seit Mitte März 2020 nicht oder nur sehr eingeschränkt zulässig. Auch jetzt können die Einrichtungen ihren Betrieb erst nach und nach wieder aufnehmen. Gruppen- oder Klassenfahrten sowie langfristige internationale Jugendaustausche finden, wenn überhaupt, nur in geringem Umfang statt. Gleichzeitig laufen aber die Fixkosten weiter. Das Bundesfamilienministerium unterstützt gemeinnützige Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung und der Kinder- und Jugendarbeit in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation kurzfristig mit einem 100-Millionen-Euro-Sonderprogramm.

>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 27. August 2020



ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Zahl der wohnungslosen Familien nimmt zu

Alleinerziehende besonders häufig betroffen

In Deutschland haben immer mehr Frauen mit Kindern keine feste Wohnung. Dies geht aus dem Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe (BAG W) hervor, der am Donnerstag in Berlin veröffentlicht wurde. Demnach waren im Jahr 2018 rund 27 Prozent der Hilfesuchenden weiblich. Der Frauenanteil habe sich damit in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt. In die Statistik fließen sowohl wohnungslose als auch von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen ein.

>>>Meldung auf evangelisch.de vom 10. September 2020

Forsa-Umfrage im Auftrag der KKH

Eltern-Stress schlägt Kindern auf den Magen

Dauerhaft gestresste Eltern gefährden einer Erhebung zufolge nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die ihrer Kinder. Diese reagierten zunächst häufig mit Einschlafproblemen sowie Kopf- und Bauchschmerzen, teilte die Kaufmännische Krankenkasse (KKH) am 10. September 2020 in Hannover mit. Bei chronischem Stress könnten die Beschwerden im schlimmsten Fall in psychische Erkrankungen und Entwicklungsstörungen münden.

>>>Meldung auf evangelisch.de vom 10. September 2020

Jedes fünfte Kita-Kind spricht zu Hause kaum Deutsch

Unter den rund 3,2 Millionen Kindern in Kindertagesstätten waren im März 2019 rund 675.000 Kinder, in deren Familien nur wenig Deutsch gesprochen wurde, heißt es in einer Antwort des Bundesfamilienministeriums auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, die dem Evangelischer Pressedienst (epd) am Samstag vorlag. Das ist ein Anteil von rund 21 Prozent. Der Wert im vergangenen Jahr sei im Vergleich zu 2017 (18,7 Prozent) und 2018 (19,4 Prozent) gestiegen.

>>>Meldung auf evangelisch.de vom 5. September 2020

Aktueller UNICEF-Report

Kindeswohl auch in reichen Ländern in Gefahr

Selbstmordversuche, mentale Probleme, Übergewicht, aber auch unzureichende schulische Kenntnisse kennzeichnen laut UNICEF das Aufwachsen von viel zu vielen Kindern in wohlhabenden Industrieländern. Dies ist das Ergebnis der neuesten Report-Card des UNICEF-Forschungszentrums Innocenti. Gleichzeitig warnt UNICEF vor gravierenden Gefahren für das Kindeswohl durch die Covid-19-Pandemie. Die Niederlande, Dänemark und Norwegen liegen in Bezug auf das Wohlbefinden von Kindern auf den ersten drei Plätzen unter 41 Ländern der OECD und der EU. Deutschland liegt im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld auf Rang 14.

>>>Pressemitteilung [unicef](http://unicef.de) vom 3. September 2020

Kinder medizinisch gut versorgt

Die stationäre medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist nach Einschätzung der Bundesregierung gut. So weist das Statistische Bundesamt für 2017 rund 18.600 Betten für Kinderheilkunde in 354 Fachabteilungen aus, heißt es in der Antwort ([>>>19/21741](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion. Hinzu kämen 1.740 Betten in 90 Fachabteilungen für Kinderchirurgie sowie 6.311 Betten in 147 Fachabteilungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Auf Grundlage dieser Daten könne von einer guten, flächendeckenden stationären Versorgung ausgegangen werden. Gemäß den Daten der Bundesärztekammer (BÄK) gab es 2019 insgesamt 15.468 berufstätige Kinderärzte und weitere 2.346 Ärzte in der Kinderpsychiatrie. Insgesamt habe die Zahl der berufstätigen Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen.

[>>>Meldung hib vom 31. August 2020](#)

Kinderschutz

Jugendämter melden erneut 10 % mehr Kindeswohlgefährdungen

Die Jugendämter in Deutschland haben im Jahr 2019 bei rund 55 500 Kindern und Jugendlichen eine Kindeswohlgefährdung festgestellt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) waren das 10 % oder rund 5 100 Fälle mehr als 2018. Die Zahl der Kindeswohlgefährdungen ist damit das zweite Jahr in Folge um 10 % auf einen neuen Höchststand angestiegen.

[>>>Pressemitteilung Statistisches Bundesamt vom 27. August 2020](#)

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

Jugendämter nahmen 2019 rund 49.500 Kinder zu ihrem Schutz in Obhut

Die Jugendämter in Deutschland führten im Jahr 2019 rund 49 500 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, sogenannte Inobhutnahmen, durch. Das waren knapp 3 100 Fälle und somit 6 % weniger als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) zum Weltkindertag am 20. September mitteilt. Hintergrund dieser Entwicklung ist ein erneuter Rückgang von Schutzmaßnahmen nach unbegleiteter Einreise aus dem Ausland: Deren Zahl sank im Vergleich zum Vorjahr um 29 % auf gut 8 600 Inobhutnahmen. Währenddessen stieg die Zahl der Schutzmaßnahmen aus anderen Gründen um 1 % auf rund 40 900 Fälle an.

[>>>Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 17. September 2020](#)

[Armut abschaffen](#)

Paritätischer berechnet armutsfesten Hartz IV Regelsatz

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat einen armutsfesten Regelsatz errechnet: Bei einer Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze von derzeit 432 Euro auf 644 Euro (für alleinlebende Erwachsene) wäre nicht nur den Betroffenen in ihrer Not wirksam geholfen, sondern auch aus wissenschaftlicher Sicht Einkommensarmut in Deutschland faktisch abgeschafft. Die Paritätische Forschungsstelle rechnet in einer aktuellen Expertise die umstrittenen und auch bereits von anderen Sozialverbänden und den Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen kritisierten statistischen Manipulationen im Regelsatz heraus und schlägt eine neue Struktur des Regelbedarfes in der Grundsicherung vor. Die direkten Mehrkosten zur Umsetzung des Vorschlags werden auf 14,5 Milliarden Euro geschätzt.

[>>>Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 19. September 2020](#)

Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe

Nachdem das Bundeskabinett hatte am 19. August eine Neuberechnung der Regelbedarfe beschlossen hatte, ist nun die Höhe der Regelbedarfsstufen, die ab 1. Januar 2021 gelten, abschließend berechnet worden. Die geänderten Regelsätze werden im Laufe des parlamentarischen Verfahrens über einen Änderungsantrag in den vorliegenden Gesetzentwurf eingearbeitet. Eine Tabelle mit den neuen Regelbedarfsstufen finden Sie hier:

[>>>Pressemitteilung des BMAS vom 8. September 2020](#)

BMFSFJ und FAIR SHARE of Women Leaders e.V. starten strategisches Monitoring für den NGO-Sektor

Deutsche Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen werden überwiegend von Männern geführt. Zwar beschäftigen NGO's und Stiftungen etwa 70% Frauen, doch nur rund 33% der Positionen in Leitungs- und Kontrollgremien sind derzeit mit Frauen besetzt. Dies geht aus dem ersten FAIR SHARE Monitor hervor, der im März 2020 als Pilotstudie von FAIR SHARE of Women Leaders e.V. veröffentlicht wurde. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) startet nun gemeinsam mit dem Verein FAIR SHARE of Women Leaders e.V. (FAIR SHARE) ein Projekt, um den Frauenanteil an Führungspositionen im zivilgesellschaftlichen Sektor systematisch zu untersuchen und Organisationen bei den notwendigen Veränderungsprozessen hin zu mehr Diversität zu begleiten.

[>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 7. September 2020](#)

Arm, abgehängt, ausgegrenzt

Studie des Paritätischen belegt akute Mangellagen eines Lebens mit Hartz IV

Die derzeit gewährten Leistungen in Hartz IV schützen nicht vor Armut, so das Ergebnis einer aktuellen Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands. Im Ergebnis fehlt es den Betroffenen insbesondere an Geld für eine ausgewogene, gesunde Ernährung und auch ein Mindestmaß an sozialer, politischer und kultureller Teilhabe ist entgegen der verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht gewährleistet, so die Befunde.

>>>Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 1. September 2020

DIW

Erste Langzeitstudie Deutschlands zur Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens

Das DIW Berlin kooperiert mit dem Verein Mein Grundeinkommen und begleitet drei Jahre lang eine experimentelle Studie mit 1500 ProbandInnen wissenschaftlich.

>>>Pressemitteilung des DIW vom 18. August 2020

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

An öffentlichen Konsultationen in der EU teilnehmen: Wie geht das eigentlich?

Viele Gesetzesvorhaben und Richtlinien der EU wirken sich auf das Leben von Familien aus. In öffentlichen Konsultationen können Institutionen und Einzelpersonen ihr Feedback abgeben und so dazu beitragen, dass bestehende Gesetze und Richtlinien überprüft oder neue Gesetze und Richtlinien entwickelt werden, um neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Unter >>>www.coface-ez.org wird erklärt, wie man öffentliche Konsultationen aus bestimmten Politikbereichen finden und wie man sich beteiligen kann.

40 Jahre Beratung "Nummer gegen Kummer" für Kinder und Eltern

Das telefonische Beratungsangebot des Vereins "Nummer gegen Kummer" <https://www.nummer-gegenkummer.de/> für Kinder, Jugendliche und Eltern feiert in diesem Jahr sein 40-jähriges Bestehen. Seit dem Beginn gesicherter statistischer Aufzeichnungen haben tausende ausgebildete ehrenamtlich Beratende ca. 4,7 Mio. Gespräche mit Ratsuchenden geführt. Die „Nummer gegen Kummer“ verfügt über das bundesweit größte ehrenamtlich getragene und verbandsübergreifende Beratungsnetz für Heranwachsende und Eltern in Deutschland.

>>>Pressemitteilung Nummer gegen Kummer vpm 9. September 2020

Gesundheitsportal geht online

Am 1. September 2020 startete das Bundesministerium für Gesundheit ein Nationales Gesundheitsportal: Unter www.gesund.bund.de sollen sich Bürgerinnen und Bürger künftig schnell, zentral, verlässlich, werbefrei und gut verständlich über alle Themen rund um Gesundheit und Pflege informieren können.

Auf dem Nationalen Gesundheitsportal können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger ab heute über die häufigsten Krankheitsbilder (u.a. Krebserkrankungen, Herz-Kreislaufkrankungen oder Infektionserkrankungen) informieren. Außerdem werden zahlreiche Beiträge zu verbrauchernahen Themen wie Pflege, Prävention und Digitalisierung angeboten. Weitere Themenschwerpunkte sollen Schritt für Schritt hinzugefügt und das Spektrum an Angeboten kontinuierlich weiterentwickelt werden.

>>> [Pressemitteilung des BMG vom 1. September 2020](#)

Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ wird neu aufgelegt

[Unternehmen können ab sofort Fördermittel zur Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuungsangebote beantragen](#)

Das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ geht weiter. Damit unterstützt das Bundesfamilienministerium Unternehmen, die betriebliche Betreuungsangebote für Kinder von Beschäftigten entwickeln oder ausbauen wollen. Das neu aufgelegte Förderprogramm soll berufstätige Eltern und Arbeitgeber mit zusätzlichen Angeboten wie der Ferienbetreuung entlasten. Bis Ende 2022 stehen dafür bis zu neun Millionen Euro bereit.

>>> [Pressemitteilung des BMFSFJ vom 1. September 2020](#)

Impressum

Redaktionsschluss: 30. September 2020

V.i.S.d.P.: Dr. Insa Schöningh

Redaktion: Konstanze Hartmann-Boudol, Dr. Insa Schöningh

Layout und Verteiler: Janina Noormann

Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen uns. Kontakt: info@eaf-bund.de

Newsletter An- und Abmeldungen sowie ein Überblick über vergangene Ausgaben unter:

>><http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter>

Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint vier Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 2,50 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden:

>>https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische_informationen_fpi

Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage >><http://www.eaf-bund.de/> und auf Facebook >><https://www.facebook.com/bund.eaf/> zu finden.